

43. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 03.09.2020

Frage Nr.: 2798

=====

Herr Stadtv. Prof. Dr. Harsche - CDU -

Das Projekt „Frankfurter Projekt zur Prävention von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen - FraPPE“, dessen Träger unter anderem die Universitätsmedizin Frankfurt und das Gesundheitsamt sind, wird seit November 2017 vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert. Mit dem Projekt wird über vielfältige Maßnahmen - etwa der Prävention, Intervention und Vernetzung - das primäre Ziel einer Reduzierung der absoluten Zahl der Suizide um ein Drittel während des bis Ende 2020 laufenden Projektzeitraums - beziehungsweise um zehn Prozent pro Jahr - verfolgt.

Hierzu frage ich den Magistrat:

Lassen sich erste Ergebnisse des Projekts kurz skizzieren?

Antwort:

Der Erhebungszeitraum, in dem das Frankfurter Projekt zur Prävention von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen (<http://frappe-frankfurt.de>) suizidale Handlungen im Stadtgebiet Frankfurt evaluiert, endet am 31.12.2020. Anschließend werden die Daten statistisch analysiert, bewertet und veröffentlicht. Daher handelt es sich bei den im Folgenden dargestellten **Zwischenergebnissen** lediglich um einen ersten Trend:

Die Gesamtsuizidrate in Frankfurt am Main (ermittelt durch die Analyse der Leichenschauschein im Gesundheitsamt) lag in den Jahren 2014 bis 2018 mit durchschnittlich 12,03 Suiziden pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern etwas über der bundesdeutschen Suizidrate von durchschnittlich 11,8 Suiziden pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die angepasste Suizidrate, die nur die in Frankfurt gemeldeten Einwohner*innen erfasst, liegt dagegen mit 9,62 Suiziden pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unter der bundesdeutschen Suizidrate.

D.h., dass etwa 20% der Suizide im Stadtgebiet von Menschen begangen wurden, die nicht in Frankfurt gemeldet waren. Gründe dafür sind wohl das große „Einzugsgebiet“ Rhein Main mit mehr als 300.000 Pendlern täglich, die unklare Zahl von Menschen ohne festen Wohnsitz, die im Stadtgebiet leben, sowie der Flughafen und der Bahnhof, die als zentrales Drehkreuz in Deutschland große Passagierzahlen abfertigen.

Für das Jahr 2019 liegen noch keine bundesweiten Vergleichszahlen vor. Die durch die Auswertung der Leichenschauschein im Gesundheitsamt erfasste Suizidrate ist auf 11,86 pro 100.000 Einwohner*innen gesunken. Durch den (bundesweit einmaligen) Abgleich mit den vom Institut für Rechtsmedizin untersuchten Suizidfällen konnte allerdings eine Dunkelziffer von etwa 10% ermittelt werden! Aufgrund dessen muss die Suizidrate in Frankfurt im Jahr 2019 auf 12,92 pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner korrigiert werden. Dabei handelt es sich nicht um eine Steigerung der Suizidrate, sondern um eine Bereinigung der Dunkelziffer, die dadurch erreicht werden konnte, dass die Leichenschau in Frankfurt seit 2018 vom Institut für Rechtsmedizin durchgeführt und im Rahmen von FraPPE die Rechtsmedizin bei jedem vollendeten Suizid in Frankfurt zum Leichenfundort gerufen wird.

In den Monaten Januar bis Juli 2020 gab es in Frankfurt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Rückgang der absoluten Zahl der Suizide um 30%. Da es für 2020 noch keine bundesweiten Vergleichszahlen gibt, kann auch noch keine Aussage darüber getroffen werden, ob es sich beim Rückgang der Suizidzahlen um einen (evtl. coronabedingten) bundesweiten oder einen regionalen Trend handelt, der auf die FraPPE-Interventionen zurückzuführen ist.

Über 40% der Suizide in Frankfurt finden im öffentlichen Raum statt. Durch räumliche Analysen konnten sogenannte Hot Spots detektiert werden. Dazu gehört neben einzelnen Hochhäusern in Ginnheim und Niederrad vor allem die teils ungesicherte Schienenstrecke vom Westbahnhof in Richtung Norden.

Gestützt werden die Ergebnisse der räumlichen Analyse auch durch die Auswertung der Suizidmethoden: Während sich im Jahr 2018 bundesweit 7,8% der Suizidtoten auf der Schiene das Leben nahmen, waren es in Frankfurt mit 13,3% fast doppelt so viele. Auch bei den Suiziden durch Sturz in die Tiefe lag der Anteil in Frankfurt im Jahr 2018 mit 17,8% höher als in Deutschland (10,1%).

Abgesehen vom primären Projektziel – der Senkung der absoluten Zahl der Suizide – strebt FraPPE auch die Senkung der absoluten Zahl der Suizidversuche an. Dazu werden über die gesamte Projektlaufzeit alle in einer der fünf pflichtversorgenden psychiatrischen Kliniken vorgestellten bzw. eingewiesenen Patient*innen nach einem Suizidversuch mittels eines Fragebogens systematisch erfasst und dokumentiert. Im Vergleich zur erwarteten Zahl der Suizidversuche in Frankfurt wird aber nur etwa ein Viertel der Betroffenen im Anschluss an einen Suizidversuch in einer der psychiatrischen Kliniken vorgestellt, so dass über die tatsächliche Zahl der Suizidversuche im Stadtgebiet keine Angaben gemacht werden können. Es lässt sich lediglich zeigen, dass nach einer entsprechenden Aufklärungskampagne mit begleitenden Schulungen im Jahr 2019 mehr Menschen nach einem Suizidversuch in einer der psychiatrischen Kliniken behandelt wurden, während der Anteil im ersten Halbjahr 2020 wieder rückläufig ist, was am Ehesten mit dem restriktiveren Umgang bei stationären Aufnahmen während der Pandemie erklärbar ist.

Insgesamt ist FraPPE sehr erfolgreich angelaufen und führte neben einer deutlichen Intensivierung der Präventionsmaßnahmen zu einer besseren Vernetzung der lokalen Akteure. In der Stadt- und Fachöffentlichkeit wird es als „best practice“ rezipiert. Wir haben zahlreiche positive Rückmeldungen von Multiplikatoren und Schulungsteilnehmenden, vor allem aber auch von Betroffenen erhalten.

Einem Antrag auf Laufzeitverlängerung und Mittelaufstockung des Projektes über das Jahr 2020 hinaus wurde von Seiten des BMG leider nicht entsprochen.

Dennoch sollen und müssen folgende Angebote, die im Rahmen von FraPPE etabliert wurden, weitergeführt bzw. sogar noch ausgebaut werden, wobei die Finanzierung zum großen Teil noch unklar ist:

- Die Hotline-Nummer (069 630 13 113), unter der im Notfall rund um die Uhr eine der psychiatrischen Kliniken der Stadt erreichbar ist, wurde in den vergangenen Monaten breit beworben. Es wäre fatal, wenn sich Betroffene in Krisensituationen Hilfe suchen und unter der kommunizierten Nummer niemanden mehr erreichen.
- Die in den vier sektorversorgenden psychiatrischen Kliniken sowie in der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik eingerichteten offenen Sprechstunden für Menschen in suizidalen Krisen, in denen zeitnah Beratung, Diagnostik und Therapie durch Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie erfolgt, sollen in die Ambulanzzeiten integriert werden.
- Noch ist offen, ob und wenn ja an welchen Kliniken die gut untersuchte und validierte Kurztherapie nach Suizidversuch (Attempted Suicide Short Intervention Program, ASSIP) weiter angeboten werden kann.
- Die Infoabende für Angehörige von Menschen, die einen Suizidversuch unternommen haben, sowie verschiedene Fortbildungsangebote sollen in Zukunft durch FRANS und das lokale Bündnis gegen Depression durchgeführt werden. Außerdem setzt FRANS je nach personellen Ressourcen nach Möglichkeit die etablierten Präventionsmaßnahmen (Antistigma- und Awareness-Maßnahmen, Schulung sogenannter Gatekeeper sowie Vernetzung) weiter fort.

Der Abgleich der Daten zwischen Gesundheitsamt und dem Institut für Rechtsmedizin sollte weiterhin erfolgen, um die Zahl der Suizide möglichst exakt abzubilden und auf aktuelle

Entwicklungen schnell reagieren zu können. Es ist wünschenswert, dass die Leichenschau in Frankfurt weiterhin vom Institut für Rechtsmedizin durchgeführt wird und Mitarbeitende von dort bei vollendeten Suiziden in Frankfurt zum Leichenfundort gerufen werden.

Stefan Majer
–Stadtrat–